

„Koran und Kalaschnikow“?

Philipp Weinbrenner

24.09.2020

Schon seit einigen Jahren tobt der Kampf um Herrschaft und Einfluss im westafrikanischen Staat Mali. Und mittlerweile hat der Kampf übergegriffen auf Malis Nachbarstaaten. Da stellt sich für alle an Stabilität und Sicherheit interessierten Beobachter die Frage, wie gegen das nunmehr etablierte Chaos vorzugehen sei.

Und für manche Menschen ist die Antwort schon seit langem klar: Die Schuld am Kampf liegt bei der größten Manifestation des archetypischen Bösen: Unterbeschäftigte Messermänner, die mit dem Koran in der einen und der Kalaschnikow in der anderen Hand ihre Auslegung des Islam zu verbreiten müssen meinen. Die einzige Antwort, die in dieser Sicht auf die Katastrophe gegeben werden kann, ist der Einsatz militärischer Gewalt.

Auf den ersten Blick leuchtet dieses Argument ein: Die Manifestation des Bösen hat die Sphäre des Menschlichen verlassen; Kommunikation mit den dschihadvernebelten Untermenschen ist nicht mehr möglich; als einziges Heilmittel bleibt die *ultima ratio* militärischer Intervention im großen Stil.

Aber wer so argumentiert, vernachlässigt die komplizierteren Dimensionen dieser Realität und verschließt sich somit auch für jeden sinnvollen Lösungsansatz. *Cui bono?*

Es sind vor allem die von Korruption durchwachsenen Governance-Strukturen in dem afrikanischen Wüstenstaat, für die das Feindbild des Dschihadismus in erster Linie eine Möglichkeit ist, von ihrem Teil der Verantwortung für das zivilisatorische Desaster abzulenken. Und sie haben ja nicht komplett Unrecht — nur das die radikale Auslegung des Koran nur eben nicht die einzige Ursache für das Chaos ist.

Nein, es ist vielmehr die Vermischung vieler Reizpunkte, die neues Öl ins Dschihadistenfeuer gießt. Zu diesen Reizpunkten gehören Verteilungskonflikte zwischen ethnischen Gruppen; Vetternwirtschaft in der Regierung; Ausübung des staatlichen Gewalt-„Monopols“ in einer Art und Weise, die mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar ist; sowie die Vernachlässigung des strukturschwachen Nordens durch die Politik. Letztlich sind es diese Faktoren, die viele Menschen im Angesicht von Kriminalität nicht in staatlichen Strukturen, sondern in das eigene Selbsthilfepotential — und das bedeutet: Aufstellung eigener oder Unterstützung fremder Milizen — vertrauen lassen.

Vielleicht brauchen wir nicht nur einen erweiterten Sicherheitsbegriff, sondern auch ein erweitertes Verständnis von Konfliktursachen und den Möglichkei-

ten zu ihrer Bekämpfung. Dass der militärische Hammer die dschihadistischen sowie die Tuareg-Milizen bisher nicht besiegen konnte, erscheint offensichtlich.

Nun stellt sich die Frage, wie sich das unsympathische Gewaltpotential in einer Weise binden lässt, die nicht nur den Frieden sicherstellt, sondern den „besorgten“ und „enttäuschten“ Bürger — um zwei weitere Klischees zu bringen — eine vertrauenswürdige Regierung beschert.